

KIPA 1 / 2007

Kommentare zur Internationalen Politik
und Außenpolitik

Daria W. Dylla

Polen und der US-Raketenabwehrschild.
Eine Kommentarreihe
Teil I: Oktober/November 2007



Lehrstuhl Internationale Politik
Universität zu Köln

Polen und der US-Raketenabwehrschild. Eine Kommentarreihe

Teil I: Oktober/November 2007

Daria W. Dylla¹

Die Kommentarreihe soll dem interessierten Leser regelmäßig Basisinformationen über den Verhandlungsprozess zur Stationierung der US-Raketenabwehrbasis auf polnischem Territorium aufbereiten sowie einen Blick in die öffentliche Diskussion in Polen ermöglichen. Dies wird u. a. anhand eines knappen Überblickes über die Medienkommentare aus den drei größten polnischen Tageszeitungen: *Gazeta Wyborcza*, *Rzeczpospolita* und *Dziennik* erfolgen, die jeweils kontextualisiert und durch Aussagen polnischer Machträger ergänzt werden.

Die offiziellen Gespräche der USA mit Polen über die Aufstellung einer Raketenbasisanlage mit zehn *Ground Based Interceptor*-Abfangraketen auf polnischem Territorium – als einem Teil des US-amerikanischen Raketenabwehrsystems *Ballistic Missile Defense* (BMD)² – begannen im Mai 2007.³ Während unter der Regierung von Jarosław Kaczyński der Abschluss der Verhandlungen bereits für Ende 2007 geplant war und anhand der Aussagen des polnischen Präsidenten Lech Kaczyński vom Sommer 2007 noch von einer Zustimmung der polnischen Seite zum Aufbau der US-Basis auszugehen war,⁴ so scheint die neue, seit November 2007 amtierende polnische Regierung⁵ mit dem Premier Donald Tusk, dem Außenminister Radosław Sikorski und dem Verteidigungsminister Bogdan Klich einen anderen Kurs eingenommen zu haben: Die Basisstationierung ist noch nicht entschieden und es wird auf gute Ergebnisse statt auf Eile bei den weiteren Verhandlungen gesetzt.

Zwar hat sowohl die Kaczyński-Regierung als auch das Tusk-Kabinet die Erhöhung der polnischen Sicherheit zum Hauptargument bei den polnisch-amerikanischen Gesprächen

¹ Daria W. Dylla, Dr. rer. pol. ist Politologin am Lehrstuhl für Internationale Politik und Außenpolitik der Universität zu Köln.

² Das BMD-System soll so angelegt werden, um die anfliegenden ballistischen Raketen in allen drei Flugphasen attackieren zu können. Das in Polen geplante Element des Systems würde auf die zweite Phase, die sog. „mid-course-phase“, ausgelegt, vgl. Lange, Sascha/Thränert, Oliver: Raketenabwehr in und für Europa?, in: SWP-Aktuell 20, März 2007.

³ Im Detail s. bei Jäger, Thomas/Dylla, Daria W.: *Ballistic Missile Defense* und polnische Sicherheitsinteressen: Eine Analyse der Diskussion über die Stationierung der US-Raketenbasis auf polnischem Territorium, in: Jäger, Thomas/Dylla, Daria W. (Hg.): Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik, 2008 (im Erscheinen).

⁴ Vgl. dazu bei: Dylla, Daria W.: Mehr USA = mehr Sicherheit? Eine Prämisse polnischer Außenpolitik auf dem Prüfstand, in: Osteuropa 1/2008, 63-75.

⁵ Die „Bürgerplattform“ (*Platforma Obywatelska*, PO) ging aus der letzten Parlamentswahl am 21.10.2007 mit 41,51% der Wählerstimmen als Siegerin hervor. Seit dem 16. November 2007 führt deren Vorsitzender Donald Tusk als Premierminister die polnische Regierung. Diese bildet neben der PO auch die kleine Bauernpartei (*Polskie Stronnictwo Ludowe*, PSL). Die Partei von Jarosław Kaczyński „Partei Recht und Gerechtigkeit“ (*Prawo i Sprawiedliwość*, PiS) kam auf 32,11%.

hochstilisiert,⁶ dennoch unterscheiden sich die beiden Lager eindeutig in der Interpretation dessen, was denn zu der Sicherheitserhöhung beitragen kann: Während die beiden Kaczyński Brüder allein die Errichtung des Schildes mit einem Sicherheitszuwachs in Verbindung bringen, bedeutet dessen Bau für die neue polnische Regierung hingegen einen Sicherheitsverlust, der durch ausreichende Sicherheitsgarantien der Amerikaner ausgeglichen werden muss. Ein weiteres grundlegendes Unterscheidungsmerkmal zwischen der alten Regierung und dem Präsidenten auf der einen Seite und den neuen polnischen Entscheidungsträgern auf der anderen Seite ist der Wille der Tusk-Regierung, auch andere Staaten in die polnisch-amerikanischen Diskussionen mit einzubeziehen. Während die Funktionäre der Kaczyński-Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) in der Vergangenheit häufig betont haben, dass die Aufstellung der Abfangraketen in bilateralen Verhandlungen entschieden werden soll,⁷ so bestreiten dies die neuen Machthaber zwar nicht, zeigen aber die Bereitschaft, nicht nur mit den europäischen Partnern, sondern auch mit Russland die Raketenkontroverse zu diskutieren.⁸ Gleichzeitig zeigt sich eine gewisse rhetorische Distanz der Politiker der regierenden „Bürgerplattform“ (PO) zu Washington, die der PO-Spitzenpolitiker, Sejm-Marschal Bronisław Komorowski im November 2007 wie folgt zum Ausdruck brachte: „Wir sind Mitglied der Europäischen Union und nicht der Vereinigten Staaten.“⁹

Der politische Nutzen aus dem „harten Dialog“

Sowohl die Multilateralisierung der Gespräche über den US-Raketenabwehrschirm, und dadurch möglicherweise der Ausbruch aus der Selbstisolation Polens auf internationaler Bühne,¹⁰ als auch die explizite Verknüpfung konkreter Vorteile mit der Basisstationierung sollten nicht zuletzt im Hinblick auf die polnische Bevölkerung betrachtet werden. Denn die polnischen Bürger stellen momentan aufgrund ihrer mehrheitlichen Ablehnung gegenüber

⁶ S. Dylla (2008): Mehr USA = mehr Sicherheit?

⁷ Besonders heftig haben der Präsident sowie die PiS-Politiker auf die Ankündigung der PO-Regierung über die Aufnahme der Konsultation mit Russland reagiert. In einem Radiointerview äußerte sich der Verteidigungsminister in der Kaczyński-Regierung zu der Anmerkung, dass Sikorski persönlich die Gespräche mit Russland führen wird, wie folgt: „...ich muss sagen, dass wenn Polen ein souveränes, unabhängiges Land ist, ein Mitglied der Europäischen Union, ein Mitglied der NATO, dann kann es vielleicht eine den eigenen Bedürfnissen entsprechende Außenpolitik (...) führen, ohne darauf zu achten, ob sich jemand daran stört“, Aleksander Szczygło, Polnischer Rundfunk, Sendung: „Sygnały Dnia“, 23.11.2007.

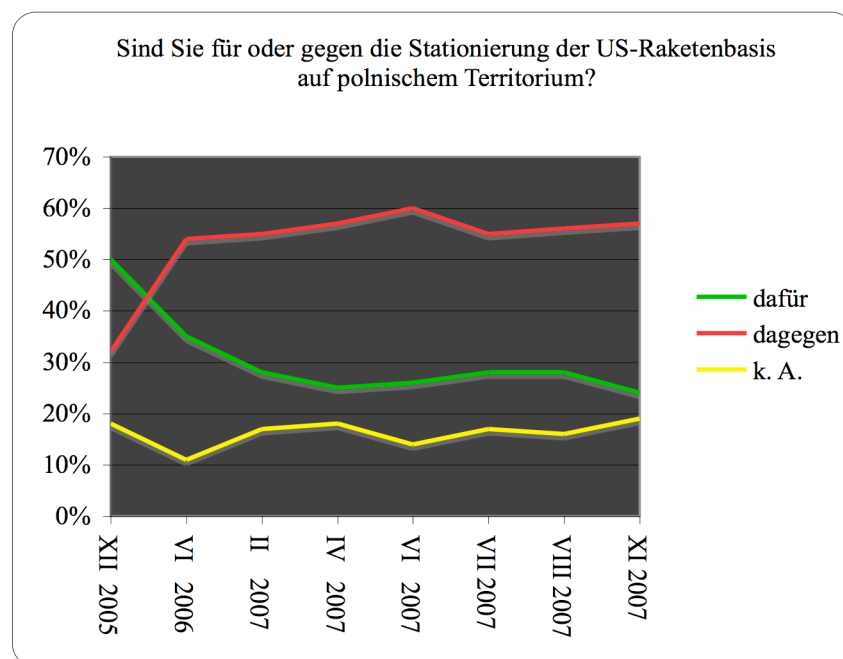
⁸ S. Dylla (2008): Mehr USA = mehr Sicherheit?

⁹ Polnische Presse Agentur (PAP): Komorowski: jesteśmy członkami UE, a nie USA, 22.10.2007.

¹⁰ Zu Vorteilen aus dem Anschein der Multilateralisierung der Gespräche über das US-Abwehrsystem sowohl für die europäischen Hauptstädte wie auch für Warschau s. bei Dylla (2008): Mehr USA = mehr Sicherheit?

der Basiserrichtung (s. Graphik 1) eine erhebliche Beschränkung des Handlungsspielraumes für die politischen Akteure in Warschau dar.¹¹

Diese Ablehnung fügt sich in den generellen Trend einer kritischen Betrachtung Amerikas ein, der in Polen seit einigen Jahren deutlich zu beobachten ist. Das positive Bild der USA, das sich aus einer Verbindung von Dankbarkeit und Faszination speist,¹² weicht zunehmend einer differenzierten Betrachtung.



Graphik 1: Einstellung der Polen zum Aufbau der US-amerikanischen Raketenabwehrbasis auf polnischem Territorium, Quelle: CBOS 1.6.-4.6.2007; CBOS 10.11-15.11.2007

Zu der Ausbreitung einer kritischen Betrachtungsperspektive trugen nicht zuletzt die unilateralen Maßnahmen Washingtons hin zum Irakkrieg 2003 und die damit einhergehenden öffentlich verlautbarten Unwahrheiten bei. Dies hatte in Polen genauso wie in anderen Ländern eine enorme Verringerung des US-Ansehens zur Folge. Die abnehmende Idealisierung der USA in der polnischen Gesellschaft gleicht einer „enttäuschten Liebe“ der Polen zu Washington, deren Ursachen in einer Reihe von amerikanischen Handlungen gegenüber Polen der letzten Jahre zu suchen sind, die für den polnischen Nationalstolz besonders kränkend wirkten.¹³ Nicht zuletzt sei in diesem Kontext auf die Enttäuschung hingewiesen, dass Polen, anstatt die nach dem Irakkrieg erwartete Rolle eines

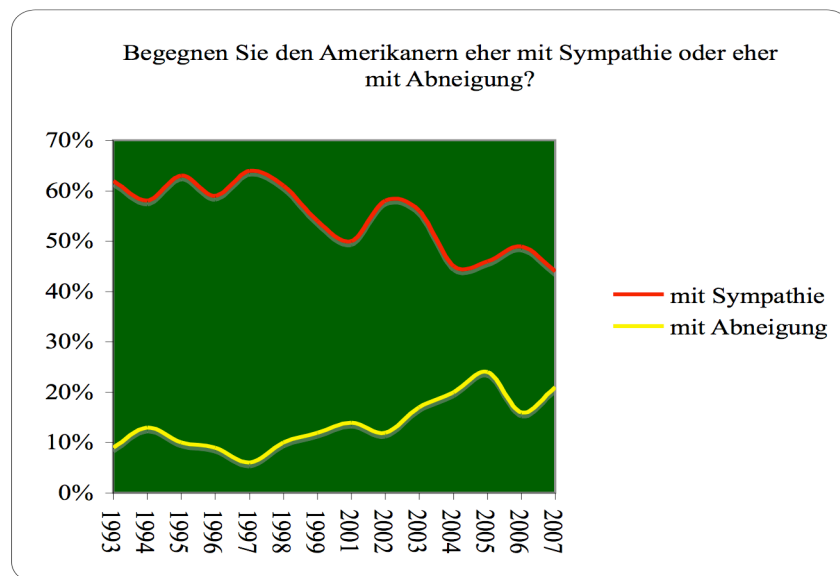
¹¹ Ein erfolgreicher Abschluss der polnisch-amerikanischen Verhandlungen bzw. ein der polnischen Öffentlichkeit als solches medial verkauftes Ergebnis könnte für die Tusk-Regierung wiederum einen Anstieg der Wählerunterstützung zur Folge haben.

¹² Vgl. dazu etwa bei Asmus, Ronald D./Alexandr, Vondra: *The Origins of Atlanticism in Central and Eastern Europe*, Cambridge Review of International Affairs 18(2)/2005.

¹³ Mehr dazu in: Jäger/Dylla (2008): *Ballistic Missile Defense* und polnische Sicherheitsinteressen.

Sonderpartners der USA einnehmen zu können, inzwischen in die dritte Liga der US-Verbündeten abgestiegen ist.¹⁴

All diese Aspekte haben dazu geführt, dass einer im Januar 2007 von der BBC veröffentlichten Umfrage zufolge die USA in keinem anderen Land so sehr an Ansehen verloren haben, wie bei ihrem Verbündeten an der Weichsel. Noch vor gut einem Jahr hatten 62% der Polen ein positives Amerikabild; derzeit sind es gerade noch 38%.¹⁵ Die Sympathie der Polen gegenüber Amerikanern geht ebenfalls stark zurück. Noch im Jahr 1993 haben 62% der polnischen Befragten die Amerikaner sympathisch gefunden, im Sommer 2007 waren es nur noch 44% (vgl. Graphik 2).



Graphik 2: Sympathie und Abneigung der Polen gegenüber den US-Amerikanern, Quelle: CBOS 3.08.-6.08.2007

So ist es für die polnische Regierung einerseits aus Legitimationsgründen notwendig, mit Blick auf das seit dem Irakkrieg 2003 ungünstige Image „des trojanischen Pferdes“ Amerikas geboten und vor dem Hintergrund der Stimmenmaximierung äußerst relevant, der eigenen Bevölkerung handfeste Vorteile aus der Teilnahme an dem US-Raketenabwehrsystem zu präsentieren sowie sich von der bedingungslosen Unterstützung der USA zu Gunsten eines emanzipierten Vorgehens zu verabschieden. Andererseits kann diese härtere, mit konkreten Erwartungen verbundene Vorgehensweise zum Scheitern der polnisch-amerikanischen Gespräche führen, da es weder klar ist, wie sich die nächste US-Administration zu dem Raketenabwehrprojekt positionieren wird noch weiß man, ob die derzeitige Bush-Administration die polnischen Bedingungen überhaupt akzeptieren wird. Diese Fragen

¹⁴ Vgl. Interview mit Zbigniew Brzeziński für die polnische Wochenzeitung *Polityka*, 19.8.2006.

¹⁵ Die Ergebnisse der durch BBC zwischen November 2006 und Januar 2007 durchgeführten Umfragen können auf der Webseite der Organisation World Public Opinion abgerufen werden: http://www.worldpublicopinion.org/pipa/articles/home_page/306.php?nid=&id=&pnt=306&lb=hmpg1.

werden sich in den kommenden Wochen aller Wahrscheinlichkeit nach sowohl in den Aussagen der polnischen Entscheidungsträger als auch in den polnischen Medienkommentaren widerspiegeln.

Vorsicht vor einem vorschnellen Urteil in den polnischen Medien

Anhand der früheren Positionierung der polnischen Publizisten war es zu erwarten, dass die polnischen Kommentare von einer offenen Befürwortung des entschiedenen Vorgehens der Tusk-Regierung, über dessen vorsichtige Unterstützung mit dem Hinweis auf das Risiko des Scheiterns der Gespräche aufgrund zu hoher polnischer Erwartungen, bis hin zu einer klaren Unterstützung der Argumentationslinie der oppositionellen Kaczyński-Partei und des Präsidenten, die auf einen möglichst schnellen Abschluss der Verhandlungen pochen, reichen werden. Dennoch sind die Publizisten der polnischen Qualitätszeitungen im Oktober und November 2007 mit Prognosen über die Fortführung der polnisch-amerikanischen Verhandlungen vorsichtig umgegangen. Nur die größte polnische Tageszeitung *Gazeta Wyborcza* hat den Regierungswechsel aus Sicht der Raketenabwehrgespräche eindeutig befürwortet. Es sei eine wahre Schicksalsfügung, dass die Leitung unserer Außenpolitik von den ineffizienten Händen von Jarosław Kaczyński und Anna Fotyga¹⁶ in die Hände der PO-Regierung übergehe. „Wer auch immer letztendlich zum Außenminister berufen wird, wird er mit den Amerikanern in der Schidsache härter und kompetenter als seine Amtsvorgänger umgehen.“ Allen voran müsse die neue Regierung die Amerikaner darüber in Kenntnis setzen, dass Polen dem Schild noch nicht zugestimmt habe, fordert der polnische Publizist und erwartet sich von der neuen Regierung „einen neuen, ernsthaften Beginn der Verhandlungen“.¹⁷

Die zweitgrößte polnische Tageszeitung *Rzeczpospolita* informierte zwar ihre Leser, dass die polnisch-amerikanischen Verhandlungen erst im Jahre 2008 wieder aufgenommen werden könnten, doch wagte sich die Zeitung offensichtlich noch nicht, die neue Verhandlungslinie der Tusk-Regierung und dessen Folgen zu bewerten.¹⁸ Stattdessen publiziert *Rzeczpospolita* im November 2007 ein Interview mit dem renommierten polnischen Professor für Politikwissenschaft Roman Kuźniar, der den Bauplänen des Abwehrschildes in Polen von Anfang an skeptisch gegenüber stand. Dieser erwartet von der „Bürgerplattform“ zunächst einmal eine Rückkehr Polens auf die internationale Bühne als ernsthafter, verantwortlicher und berechenbarer Partner, der zwar seine Interessen hart verteidigen kann, gleichzeitig aber auch die internationale Umwelt versteht. In Bezug auf den Raketenschild begrüßt Kuźniar den Abgang von einer ideologischen Position zu Gunsten einer rationalen Stellungnahme und resümiert: „Wenn es gelingen wird, eine solche Vereinbarung zu erzielen, die unserer

¹⁶ Anna Fotyga war vom Mai 2006 bis November 2007 die polnische Außenministerin, seit November 2007 leitet sie die Präsidentenkanzlei und gilt als eine sehr vertraute Person von Lech Kaczyński.

¹⁷ Bosacki, Marcin: Musimy twarodo negocjować tarczę, in: *Gazeta Wyborcza*, 26.10.2007.

¹⁸ Żemła, Edyta/Pałka, Piotr: Tajna decyzja ministra obrony narodowej, in: *Rzeczpospolita*, 30.11.2007.

Sicherheit nicht schadet, sondern diese sogar erhöhen wird, dann sollte man [mit den USA] darüber sprechen.“ Nicht zu akzeptieren wären jedoch, laut dem Professor aus Warschau, weitere Verhandlungen unter ausschließlich von den USA gestellten Bedingungen, wie das bislang der Fall gewesen sei. Er wies darauf hin, dass die Sache mit Moskau kompliziert sei, denn die Basis habe in der Tat Einfluss auf die geostrategische Umwelt Russlands. Man könne sich zwar bemühen, die Beziehungen zu Russland zu verbessern, aber Polen werde nicht zwingend gute Ergebnisse aus den Gesprächen mit Russland erzielen. Doch, wie Kuźniar bemerkt, habe die vorherige Regierung gar keine Resultate erzielt, weil sie sich darum nicht aktiv bemüht habe. Die neue Regierung könne es aber zumindest versuchen, um nicht beschuldigt zu werden, dass die Ursache für die Verschlechterung der Beziehungen bei Polen liege.¹⁹

Die drittgrößte polnische Tageszeitung *Dziennik* hatte noch im August 2007 für einen härteren Kurs bei den Gesprächen mit den USA plädiert: „Vielleicht ist es an der Zeit, mit den Illusionen zu brechen und die Beziehungen zu Washington als politisches Business zu betrachten.“²⁰ Nach dem Regierungswechsel lässt das Blatt hingegen einen Experten zu Wort kommen. Ariel Cohen von der *Heritage Foundation* berichtet, dass nach der polnischen Parlamentswahl viele Menschen in den USA darüber grübeln, ob die Änderung des Verhandlungstones von Premier Tusk und Außenminister Sikorski in Sachen Raketenabwehrschild nur eine Verhandlungstaktik sei. Cohen bemerkt, dass man heute eindeutig sieht, dass die Warnungen einiger Analytiker, dass sich nämlich die Unterschiede zwischen dem „alten“ und „neuen“ Europa im Hinblick auf die Beziehungen zu den USA mit der Zeit weiter verkleinern, Realität geworden ist. Die Mitgliedschaft in der EU sowie die Lehre aus dem Irakkrieg hätten die polnischen Machthaber dazu gezwungen, die bislang bedingungslose Unterstützung für die USA zu überdenken. Cohen verweist auf die Relevanz des Lebensstils sowie der persönlichen Kontakte in der Außenpolitik und bemerkt, dass der Stil und die Rhetorik von den Kaczyński Brüdern, ungeachtet ihres Proamerikanismus, einige Entscheidungsträger in Washington abgeschreckt haben. So seien die Kaczyńskis in Amerika „als Relikte der nationalistischen Vergangenheit“ behandelt worden. Zum Schluss zeigt sich der Experte davon überzeugt, dass die polnisch-amerikanischen Beziehungen keinen grundlegenden Änderungen unterliegen werden. Denn: „Polen liegt immer noch zwischen Deutschland und Russland. Moskau und Berlin haben miteinander ein freundliches Verhältnis und während Berlin nach einer Verbesserung der Beziehungen mit Warschau sucht, ist die Abneigung – um nicht zu sagen: die Feindschaft – Moskaus gegenüber Polen ein allgemein bekanntes Faktum. Das immer autokratischere Russland sucht nach neuen und unkomplizierten Feinden und Polen passt

¹⁹ Interview mit Roman Kuźniar in: Rzeczpospolita: Nie powinniśmy drzeć kotów z Unią, 21.11.2007.

²⁰ Talaga, Andrzej: Relacje z USA powinny przypominać biznes, in: *Dziennik*, 6.8.2007.

zu dieser Rolle hervorragend – als katholisches, historisch mit Russland zerstrittenes und von Russland schwächeres Land.“²¹

Insgesamt vermittelt einem die Durchsicht der Kommentare in den größten Tageszeitungen Polens im Herbst 2007 eine gewisse Behutsamkeit, über die Weiterentwicklung der amerikanisch-polnischen Verhandlungen vorschnell zu urteilen. Diese resultiert aus weitgehender Unsicherheit über die folgenden Fragen: Erstens die Stellungnahme der nächsten US-Administration zu dem BMD-System, hierbei vor allem dessen Finanzierung, zweitens die Reaktionen Russlands wie die der Bush-Administration auf die Umorientierung der polnischen Verhandlungsträger hin zu einem „harten Dialog“ mit den Amerikanern, drittens die technische Fähigkeit des Abwehrsystems, die von Wissenschaftlern nicht selten infrage gestellt wird, viertens die Position des polnischen Präsidenten, dessen Abneigung sowohl gegenüber Donald Tusk als auch gegenüber Radosław Sikorski, dessen Ernennung Lech Kaczyński vergeblich zu verhindern versuchte, in Polen allgemein bekannt ist, und nicht zuletzt fünftens der Wissensmangel über die Einzelheiten der geänderten Verhandlungsposition der neuen Regierung. Obwohl die „Bürgerplattform“ noch in der Opposition die unzureichende Information der vorherigen Regierung über die Verhandlungsgespräche häufig kritisiert hat, so hat sie die Konditionen, unter denen einer Stationierung zugestimmt würde, bislang nicht deutlich formuliert. Damals wie heute hängt die Zustimmung der Polen zur Errichtung der zehn amerikanischen Abfangraketen auf polnischem Territorium vom US-Beitrag zur Stärkung der polnischen Sicherheit ab – was immer das auch bedeuten mag.

(10. Dezember 2007)

²¹ Cohen, Ariel: USA szykują się na twarde negocjacje o tarczy z nowym rządem, in: Dziennik, 28.11.2007.